Kultur der Aufnahme und der Solidarität – Zitate aus den neuen Leitsätzen des Engagements für Flüchtlinge

22. Februar 2016

Schöntal (KNA) Die katholischen deutschen Bischöfe haben Leitsätze für die kirchliche Flüchtlingsarbeit verabschiedet. Diese wurden am Donnerstag zum Ende der Frühjahrsvollversammlung im baden-württembergischen Schöntal vorgestellt. Die Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) dokumentiert einzelne Zitate aus den Leitsätzen:

In der aktuellen Situation erleben wir in unserem Land ein beeindruckendes Maß an Solidarität und Hilfsbereitschaft. Zugleich sind vielerorts die Anzeichen der Ratlosigkeit und Überforderung unverkennbar.

Nicht selten wird in der öffentlichen Debatte auch ein rauer Tonfall angeschlagen, der den Anliegen der schutzsuchenden Menschen in keiner Weise gerecht wird. Insbesondere die Zunahme an fremdenfeindlichen Gewalttaten gibt Anlass zu großer Sorge.

Als Christen setzen wir uns mit Entschiedenheit für die Anliegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden ein. Dabei haben wir immer auch das Wohl der gesamten Gesellschaft und insbesondere die Bedürfnisse der benachteiligten Menschen in unserem Land im Blick.

Die Fürsorge für Flüchtlinge und Migranten gehört zum Selbstverständnis der Kirche. Unsere christliche Identität tritt gerade dann besonders deutlich zutage, wenn jede Person, die in unserem Land Zuflucht sucht, menschenwürdig behandelt wird. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind mit dem christlichen Menschenbild unvereinbar. Gemeinsam mit Papst Franziskus setzt sich die katholische Kirche in Deutschland für eine lebendige „Kultur der Aufnahme und der Solidarität“ ein. Dabei sind wir uns bewusst, dass auch in unserer eigenen Kirche nicht alle das Engagement für Flüchtlinge und Migranten vorbehaltlos unterstützen. Gelegentlich gibt es sogar offenen Widerspruch. Deshalb brauchen wir ein innerkirchliches Gespräch, das Ängste und Befürchtungen aufgreift und überwinden hilft.

Ausgangs- und Zielpunkt all unserer Bemühungen muss (…) stets die Wahrung der individuellen Würde jedes Flüchtlings und Asylsuchenden sein – unabhängig von Herkunft und sozialem Stand, Religion und Weltanschauung, Geschlecht und sexueller Orientierung. Bei allen politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um angemessene Antworten auf die gegenwärtigen Migrationsbewegungen ist von Christen ein besonderes Maß an Sensibilität gefordert für die vielen individuellen Lebens- und Leidenswege, die sich hinter den hohen Flüchtlingszahlen verbergen. Gleichzeitig darf jedoch nicht der Eindruck erweckt werden, dass die Kirche einen Ersatz für tragfähige sozialstaatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen anbieten könnte.

Die Kirche vertritt die Anliegen aller benachteiligten Menschen. Das kirchliche Engagement für die vielen Menschen, die an die Ränder unserer Gesellschaft gedrängt werden, wird mit unverminderter Energie fortgesetzt (…). Die Anliegen der benachteiligten Menschen in unserer Gesellschaft und die Bedürfnisse der Flüchtlinge und Asylsuchenden dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Unabhängig von den strukturellen Fragen, die es zu lösen gilt, muss vor allem dafür Sorge getragen werden, dass die christlichen Flüchtlinge sich inmitten unserer Kirche willkommen fühlen. Auch ist auf die seelsorglichen Anliegen der orthodoxen Christen unter den Geflüchteten zu achten. Des Weiteren können unsere Kirchengemeinden einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Ängsten und Vorbehalten leisten: Auf der Basis einer vertieften Auseinandersetzung mit dem eigenen Glauben kann auch auf Menschen anderer Konfessionen und Religionen mit neuer Offenheit zugegangen werden.

Zahlreiche Flüchtlinge haben in kirchlichen Gebäuden ein Dach über dem Kopf gefunden. Die zuständigen kirchlichen Verantwortungsträger prüfen auch weiterhin mit der notwendigen Kreativität und Offenheit, welche Objekte rasch und unkompliziert für die Aufnahme von Flüchtlingen bereitgestellt werden können. Neben dieser kurzfristigen Nothilfe müssen wir uns bereits jetzt um längerfristige Lösungen bemühen: Integration kann nur dann gelingen, wenn für alle, die in unserem Land leben, angemessener Wohnraum zur Verfügung steht und Ghettobildung verhindert wird.

Von der frühkindlichen und schulischen Bildung bis hin zur Hochschul- und Erwachsenenbildung befinden sich in Deutschland zahlreiche leistungsfähige Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft. Auch die vielfältigen Aktivitäten der katholischen Jugendarbeit sowie der Hochschul- und Studierendengemeinden schaffen Orte des sozialen Lernens. All diese wertvollen Ressourcen müssen noch intensiver als bisher dazu genutzt werden, den Flüchtlingen aussichtsreiche Bildungsperspektiven zu eröffnen. Gleichzeitig wird aufs Neue darüber nachzudenken sein, wie eine stärkere interreligiöse Öffnung katholischer Bildungseinrichtungen mit der Wahrung und Weiterentwicklung ihres christlichen Profils einhergehen kann. Es muss gewährleistet sein, dass christliche Flüchtlinge in unserem Land – gerade in Asylbewerberunterkünften – keine Ausgrenzung oder Bedrängung aufgrund ihres Glaubens erfahren. Wir setzen uns dafür ein, dass das christliche Leben im Mittleren Osten eine Zukunft hat, und finden uns nicht damit ab, dass Christen, die ihre angestammten Länder verlassen müssen, ihre Heimat für immer verlieren könnten. Auch für sie gibt es ein Recht auf Heimat, auch für sie gibt es ein Recht auf Rückkehr.

In der aktuellen Debatte gerät oft in Vergessenheit, dass die meisten Flüchtlinge sich nicht auf den Weg nach Europa machen, sondern nahe ihrer Heimat Schutz suchen. Vor diesem Hintergrund haben die kirchlichen Hilfswerke sowie weitere international tätige katholische Organisationen ihr Engagement zur Unterstützung von Flüchtlingsprojekten im Ausland in letzter Zeit weiter intensiviert. Jeder Mensch, der bei uns Zuflucht sucht, hat Anspruch auf ein faires Verfahren und eine menschenwürdige Behandlung. Dies gilt auch für jene, die nicht dauerhaft in Deutschland bleiben können. Auch für sie tragen wir Verantwortung. Des Weiteren kommt der Einheit der Familie eine große Bedeutung zu. Sie ist ein hohes Gut, für das wir einstehen. An diesen Grundsätzen muss sich die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik messen lassen.

(KNA – qkmls-89-00094)

Stand: 17. November 2026